

Dr. Karin Werner-Jensen
15.2.2017

Presseerklärung

Zur Videoüberwachung auf Plätzen

„Die SPD sieht keinen Anlaß für eine Videoüberwachung“ (vgl.RNZ 15.2.2017) und lehnt diese grundsätzlich ab“. Damit gehen sie und die ihr zustimmenden StadträtInnen an den Bedürfnissen vieler BürgerInnen und „Altstädtler“ vorbei, so Dr. Karin Werner-Jensen für den Verein Alt-Heidelberg, zugleich Stadtteilverein der Altstadt.

OB Würzner und die ihm zustimmenden Stadträte haben recht, wenn sie ein geändertes Bedürfnis nach öffentlicher Sicherheit und Ordnung wahrnehmen und Videoüberwachung an bestimmten Plätzen und im öffentlichen Nahverkehr fordern. Auch wenn vielleicht nur einige Straftaten vereitelt werden können, so werden sich bei mehr gefühlter Sicherheit auch wieder Ältere und Frauen getrauen, abends und nachts den wichtigen Knotenpunkt Bismarkplatz und den Bahnhof zu betreten. Letzteres bleibt von den Ablehnenden der Videoüberwachung ebenso völlig unberücksichtigt wie die Aussagen der Polizei, die nur durch Videoüberwachung die Täter später ermitteln und dingfest machen, vielleicht sogar zur Einsicht bringen können. Was daran „Represssion“ sein soll bleibt Geheimnis der SPD.

Beschlusslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.

Letzte Aktualisierung: 25. Februar 2016	03.02.2016	Ö	() ja () nein () ohne
Haupt- und Finanzaus-schuss Gemeinderat	18.02.2016	Ö	() ja () nein () ohne

Durch die gesellschaftliche Entwicklung der zurückliegenden Monate hat sich die objektive Sicherheitslage und das subjektive Sicherheitsempfinden der Bürgerinnen und Bürger in Heidelberg verschlechtert.

Eine Videoüberwachung verhindere vielleicht nicht unbedingt die Verbrechen, sie erleichtere jedoch auf jeden Fall die Aufklärung. Schon allein dies sei ein Grund, eine Einführung zu prüfen.

Oberbürgermeister Dr. Würzner betont, das Bedürfnis nach öffentlicher Sicherheit und Ordnung habe sich verändert. Auch die Nutzung des ÖPNV vor allem in den Abend- oder Nachtstunden sei davon betroffen. Deshalb sei das Thema Videoüberwachung in Bussen und Bahnen so wichtig und müsse auch von der Stadt Heidelberg konsequent weiterverfolgt und nachgesteuert werden.

Zur Videoüberwachung

Er hebt hervor, nur mit der Kombination aus Maßnahmen (Videoüberwachung auf den Plätzen, in Bussen und Bahnen, der Ausbau des Sicherheitspersonals und die präventiven Maßnahmen von Frauennotruf und fairmann) könne man dem erhöhten Sicherheitsbedürfnis Rechnung tragen.

Stadtrat Holschuh gibt zu Protokoll, ihm gehe es heute bei den Punkten 1 und 2 lediglich um Prüfaufträge. Erst nach Vorliegen der Daten zur Kriminalitätsstatistik von beiden Plätzen beziehungsweise nach Vorliegen der Kosten im ÖPNV könne eine endgültige Entscheidung zur Videoüberwachung oder dem Ausbau des Sicherheitspersonals erfolgen.